

Waldbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für W^{ald}bad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags.
Bezugspreis halbjährlich 65 Pfennig frei ins Haus
abfert; durch die Post bezogen im inländischen
Verkehr monatlich 1.50 M. = Einzelnummern 10 Pfg.
Strolonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkassette Reichenberg
Zweigk. Wildb. = Postkonto: Enztalbank Komm.-Gel.
Säberle & Co. Wildbad. = Postkontokonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile oder deren
Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerb. 20 einpalt.
Zus. Steuer, Kleinanzeigen 40 Pfg. = Rabatt nach Tarif.
Für Overten u. bei Anstufung werden jeweils
10 Pfg. mehr berechnet. = Schluß der Anzeigennahme
tägl. 8 Uhr vorm. = In Konkreten Fällen od. wenn gerichtl.
Beitreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr weg.

Druck, Verlag u. Hauptverteilung Theodor Graf. Für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. Flum in Wildbad

Nummer 35

Februar 1926

Freitag, den 12. Februar 1926

Februar 1926

61. Jahrgang

Der Streit um einen Ratsitz

Ein „Eintritt mit Hindernissen“ / Der bevorstehende
Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

Da ist es Mussolinis Senatsrede, so toll und so brutal, daß es uns kein Mensch verüben könnte, wenn wir sagten: Jetzt erst recht nicht! Dann Polens Annahme: Wenn Deutschland einen Ratsitz bekomme, dann wollen die Polen auch einen haben; sie seien mindestens so viel wert, als die Deutschen. Und dazu das Echo in Frankreich! Es müsse, um Deutschlands Einfluß wirksam begegnen zu können, auch einen zuverlässigen Freund im Völkerbund haben, und der könne nur Polen sein.

Um was handelt es sich eigentlich bei diesem vielumworbenen Ratsitz? Von den drei ordentlichen Organen des Völkerbunds: Bunderversammlung, Rat und Sekretariat ist zweifellos der Völkerbundsrat der wichtigste und entscheidendste Faktor. Dies sachungsgemäß, aber auch nach der seitlichen Geschichte dieser Einrichtung. Alle seitlichen für uns Deutsche so schmerzlichen Beschlüsse des Völkerbunds, also bezüglich Danzig, Memel, Oberschlesien, Saarland — sind vom Völkerbundsrat gefaßt worden. Die alljährliche Vollversammlung spielt mehr die Rolle eines Resonanzbodens, der die Töne des Instruments verstärkt. Mehr nicht. Was die unfehlbare Kurie für ein Konzil, das ist der Völkerbundsrat für den Völkerbund.

Deshalb ist es begreiflich, daß Deutschland als Großmacht für seinen etwaigen Eintritt in den Völkerbund die Bedingung stellte, daß es einen ständigen Ratsitz erhalte. Nur unter dieser Bedingung, die uns auch ohne weiteres zugestanden wurde, haben wir den bedeutungsvollen Schritt gewagt.

Sachungsgemäß lehnt sich „der Rat“ zusammen aus Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte, sowie aus Vertretern von 4 anderen Mitgliedern des Bundes“ (Art. 4). Vertragsgemäß sind „die Vereinigten Staaten von Amerika, das britische Reich, Frankreich, Italien und Japan“ jene Hauptmächte. Die Union hat aber bekanntlich den Versailles Vertrag und somit auch die Völkerbundsatzung nicht „ratifiziert“, ist somit nie Ratsmitglied gewesen. Also waren bis heute die 5 ständigen Ratsitze nur mit England, Frankreich, Italien und Japan besetzt.

Der Rat selbst entscheidet mit Einstimmigkeit (Art. 5); er „befaßt sich mit allen Fragen, die zu der Zuständigkeit des Bundes gehören oder den Frieden der Welt berühren“ (Art. 4); er bereitet die Pläne für die Abrüstung vor und revidiert sie alle zehn Jahre (Art. 8); ihm werden alle etwa zwischen den Mitgliedern entstehenden Streitfälle, die zum Brüche führen könnten, unterbreitet (Art. 12 und 15); er stellt einen Plan zur Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofs auf (Art. 14). Kurz: der Rat ist die Seele des Völkerbundes. Nun sieht Artikel 4 der Satzung folgendes vor:

„Mit Zustimmung der Mehrheit der Versammlung kann der Rat Mitglieder des Bundes bezeichnen, denen eine dauernde Vertretung im Rat zukommt; mit gleicher Zustimmung kann der Rat die Zahl der Mitglieder des Bundes erhöhen, die von der Versammlung zur Vertretung im Rate zu wählen sind.“

Unter Berufung auf den ersten dieser beiden Sätze haben wir den 5. ständigen Ratsitz gefordert. Polen will nun den 6. haben.

Aber England scheint hierfür nicht zu haben zu sein. Eine offenbar amtlich inspirierte Stimme in der „Times“ sagt dies mit wünschenswerter Deutlichkeit. Sie warnt Polen und etwaige andere Ratsanwärter, ihre Ansprüche bei der kommenden Vollversammlung im März zu stellen. Täten sie das, so möchte der Völkerbund in einen Streit hineingerissen werden, der seine ganze Zukunft beeinflussen könnte. Die März-Vollversammlung solle sich auf den einzigen Programmpunkt beschränken, für den sie auch einberufen sei: die Zulassung Deutschlands. Wenn Frankreich den polnischen Protest unterstütze, so müsse dies die nationalen Elemente in Deutschland erregen, und das sei in diesem immer noch gefährlichen Augenblick höchst unerwünscht. Polen solle zunächst erst einmal den Beweis erbringen, daß seine inneren Verhältnisse geordnet wären. Nur die sieben Großmächte, England, Frankreich, Italien, Japan, Deutschland und später Rußland und Amerika sollen ständige Ratsitze haben. Alle übrigen Staaten sollen auf den turnusmäßigen Wechsel bei der Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder verwiesen werden. Ein „hoffnungslos angeschwollener Völkerbundsrat“ müsse notwendig den auf einstimmige Beschlüsse eingestellten Apparat erheblich stören.

Wir wollen hoffen, daß dieser englische Standpunkt am nächsten Freitag (12. Febr.) auf der 40. Bunderversammlung und erst recht in der März-Vollversammlung durchdringt. Fatal wäre es, wenn wir kurz vor unserem Eintritt, den wir auf Treu und Glauben unternehmen, um den uns versprochenen Ratsitz geprellt würden.

W. H.

Tagespiegel

Die belgische Kammer hat das Schuldenabkommen mit den veräugneten Staaten mit 115 gegen 6 Stimmen bei 18 Stimmenthaltungen ratifiziert.

Wie „Petit Parisien“ erklärt, hat der Ministerrat in einer seiner letzten Sitzungen zum ständigen Vertreter für Frankreich im Völkerbund als Nachfolger Léon Bourgeois' den Ministerpräsidenten Briand bestimmt.

Der französische Gesandte in Bukarest hat der rumänischen Regierung eine russische Note überreicht, in der Tschischerin von der Kleinen Entente die Gesamtanerkennung Sowjetrußlands und nicht etwa eine Anerkennung durch die einzelnen Staaten.

Tschischerin erklärt, die Sowjetregierung habe keine Einwendungen gegen die Vertagung der vorbereitenden Abrüstungskonferenz erhoben. Die Sowjetregierung werde sich aber an der Konferenz nicht vertreten lassen, wenn diese in der Schweiz stattfinden.

Neue Nachrichten

Mussolinis Erwiderung

Rom, 11. Febr. Unter größter Aufmerksamkeit hielt gestern im dichtbesetzten Senat der italienische Ministerpräsident Mussolini folgende Rede:

Die lange Rede des deutschen Außenministers Stresemann macht eine sofortige Antwort notwendig, die klar und genau sein wird, wie die Rede, die ich am vergangenen Samstag in der Kammer gehalten habe. Diese Rede war nicht improvisiert, sondern während zweier Monate einer erbärmlichen antiitalienischen Heße mit Geduld, ich wiederhole mit Geduld, überlegt. Ich brauche kaum zu erklären, daß ich dem Geist und dem Buchstaben nach meine letzte Rede beständige einschließlich der Anspielung am Ende auf die Trikolore am Brenner, welche Anspielung Stresemann nach seinem Willen auslegen kann, die aber die Italiener in dem Sinne auslegen, daß Italien niemals die Verletzung der Friedensverträge dulden wird. Stresemann tat übrigens mit seiner Rede nichts anderes, als alle wesentlichen Worte meiner Rede zu bestätigen.

Hat er den Pressefeldzug gegen Italien bestritten? Nein! Obwohl er nicht beifügte, daß dieser Feldzug auch in Regierungskreisen und -blättern organisiert wurde und Aufnahme fand.

Stresemann ignoriert, daß dem Propagandakomitee für die Boykottierung Italiens Männer angehören, die öffentliche Aemter bekleiden und in der deutschen Öffentlichkeit großen Einfluß besitzen. Ich behaupte mit genauer Sachkenntnis, daß man in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung auf die deutschen Ansprüche noch nicht verzichtet hat. Hat Stresemann ein Wort erwidert auf meine Behauptung, daß während Millionen Deutscher anderer Staaten einverleibt wurden, nur für Südtirol auf Grund von Lügen eine Agitation ins Werk gesetzt wurde? Die faschistische Regierung selbst hat in den letzten drei Jahren die Politik des Abwartens und der Nachsicht fortgesetzt, aber diese Haltung sofort geändert, als sie die ungeheure Gefahr sah, der sich das italienische Volk aussetzen würde. Die Behauptung, daß die italienische Regierung irgendwie und zu irgendeiner Zeit einen ergänzenden Garantievertrag für die Brennergrenze angestrebt habe, ist unrichtig. Wahrheit ist, daß die italienische Regierung jede Anregung in diesem Sinne abgewiesen hat in der Ueberzeugung, daß die sicherste Garantie des Brenners in der Achtung der Verträge und der Kraft des italienischen Volkes liegt.

Stresemann beklagte sich, daß ich dem deutschen Volkshaus erwidert habe, die italienische Regierung werde den Boykott mit einem Gegenboykott beantworten. Verlangt man es, daß man anders antwortet? Die Internationalisierung des Oberen Etsch verwechselt Stresemann mit der einfachen Anwendung der italienischen Gesehe. Ich brauche nur zu erwidern, daß unsere Politik der logischen Gerechtigkeit im Oberen Etsch fortgesetzt wird, der für uns immer im politischen, moralischen und geistigen Bereich Italiens bleiben wird. Deutschland will die Beschäftigung aller Deutschen der Welt übernehmen; das muß man zur Kenntnis nehmen und zum Gegenstand aufmerksamer Ueberlegung machen. Aber ich erkläre:

1. daß die fremdsprachige Bevölkerung des Oberen Etsch nicht zu den Minderheiten gehört, die in den Friedensverträgen den Gegenstand besonderer Abmachungen bilden;

2. Italien wird selbst den Völkerbund als unzuständig ablehnen, falls Deutschland beabsichtigen sollte, die Frage vor den Völkerbund zu bringen;

3. die faschistische Regierung wird mit großer Entschlossenheit gegen jeden Plan dieser Art vorgehen. Sie würde ihre Pflicht dem Vaterlande gegenüber vernachlässigen, wenn sie 100 000 Deutscher wegen den Frieden von 42 Millionen Italienern gefährden wollte.

Von 1866 bis 1916 hat die Nation die widersinnigen Gesehe des Trentino wie einen feindlichen Messerstich von den Alpen bis zum Po empfunden. Jetzt ist die Lage vollkommen geändert. Diese Parole ist endgültig und unverkündl. Damit alaube ich der Wortführer des ganzen italienischen Volkes zu sein.

Stresemann verzichtet auf eine Antwort

Berlin, 11. Febr. In Berliner politischen Kreisen sieht man die Rede Mussolinis als einen Rückzug des italienischen Ministerpräsidenten in einer Reihe wesentlicher Punkte an. Namentlich ist hervorzuheben, daß der italienische Ministerpräsident seine Kriegsdrohung der Sache nach zurückgesetzt hat, indem er diese Stelle seiner ersten Rede dahin modifiziert, daß die italienische Trikolore die Wacht am Brenner halten werde, also nicht mehr von einem Vorwärtsdrängen über die jetzige Grenze hinaus spricht. In der Frage der Behandlung Südtirols muß man leider annehmen, daß nach diesen letzten Ausführungen Mussolinis eine Aenderung zum Besseren nicht zu erwarten ist. Es ist anzunehmen, daß diese Angelegenheit bei den kommenden diplomatischen Besprechungen eine Rolle spielen wird. Jedenfalls sieht der Reichsaußenminister keine Veranlassung, auf diese Rede noch einmal zu antworten. Wenn Mussolini bestreitet, daß Italien eine Garantierung der Brennergrenze angestrebt hat, so ist darauf hinzuweisen, daß er am 20. Mai vorigen Jahres in seiner Rede zur Briandnote vom 16. Mai wörtlich erklärt hat: „Nicht nur die Abriegelung, sondern auch die Brennergrenze muß garantiert werden.“ Dr. Stresemann hat in seiner Rede von Anregungen nach dieser Richtung gesprochen, die an die deutsche Regierung von einer Seite herangebracht worden seien, die über die Intentionen der italienischen Politik informiert sein mußte. Diese Anregungen sind nicht einmal, sondern mehrfach ergangen, von der Reichsregierung aber sofort abgelehnt worden, sodas sie sich nicht genügend auswirken konnten, um positiv zur Verhandlung gestellt zu werden. Wenn Mussolini aus der Rede des Außenministers herausgelesen haben will, daß Deutschland damit versprochen habe, seine Haltung gegen die Minderheiten in seinem eigenen Land zu ändern, so ist das zum mindesten ein grober Irrtum. Die deutsche Minderheitenpolitik hat auch bisher ganz andere Formen gehabt, als die Italiens in Südtirol. Zum Beweis dafür darf darauf hingewiesen werden, daß bei uns sowohl für die dänische, als auch für die polnische Minderheit Schulen bestehen, in denen diese Sprachen gelehrt werden. Aus all dem geht hervor, daß die Minderheitenfrage in Deutschland in einem Geiste gehandhabt wird, von dem Italien Südtirol gegenüber noch immer sehr weit entfernt ist. Wenn Mussolini schließlich erklärt, daß Italien sich einer Erörterung der Südtiroler Frage vor dem Völkerbund widersetzen werde, so ist darauf hinzuweisen, daß der Völkerbund ja nicht nur allein aus Herrn Mussolini besteht.

Das Echo der neuen Mussolini-Rede

Berlin, 11. Februar.

Nach der Erwiderung Mussolinis flauen die scharfen Auslassungen der Regierungsblätter in Italien gegen Deutschland ab. Sie betonen aber von neuem zu etwaigen Vorstellungen Deutschlands in Genf, die Wahrung der italienischen Souveränität sei mit keinerlei Einmischung in die Verwaltung der italienischen Gebiete vereinbar. Im allgemeinen erwartet man eine gewisse Entspannung. Die Regierung tritt den neuerlichen Versuchen, deutschfeindliche Kundgebungen zu veranstalten, scharf entgegen.

In der englischen Presse findet die neue Rede wenig Kommentare. Der „Daily Telegraph“ schreibt, sie sei gemäßigter ausgefallen, als man habe erwarten können. — Die Bemerkungen Mussolinis über die Minderheitenfrage werden von der „Westminster Gazette“ als eine Herausforderung des Völkerbundes betrachtet. — Der „Daily Express“ bezeichnet die Rede als einen heftigen Angriff gegen Deutschland, der die Locarnoverträge zuhanden mache. Die „Daily News“ überschreiben die Rede mit den Worten „Noch mehr Aufregung bei Mussolini“. — Der „Daily Chronicle“ nennt Mussolini einen Kriegsvorschläger.

Die amerikanischen Blätter betonen, Mussolini liege es augenscheinlich daran, den in Locarno geschaffenen Geist zu vernichten. Die Gegner des Völkerbundes meinen speziell, daß die Mussolinirede erneut beweise, wie gut Amerika daran tue, Europa, dem scheinbar nur wohl sei, wenn immer wieder neue Streitfälle geschaffen würden, fernzubleiben.

Europareise Kemal Paschas

London, 11. Febr. Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post“ meldet, es werde von zuständiger Seite bestätigt, daß Kemal Pascha, der Präsident der türkischen Republik, beabsichtige, London demnächst zu besuchen. Der Besuch werde jedoch einen inoffiziellen Charakter haben. Kemal Pascha beabsichtige, auch andere europäische Hauptstädte zu besuchen.

Frankreichs Front im Völkerverband

Paris, 11. Febr. In ihrer Aussprache bemühen sich Briand und Vandervelde, die Frage der dreißigprozentigen Erhöhung der französischen Zölle unter Wahrung der Interessen beider Länder zu regeln. Die beiden Staatsmänner haben aber hauptsächlich die wichtigsten Fragen der Außenpolitik erörtert. Wenn auch der Zusammentritt der Abrüstungskonferenz auf April oder Mai verlagert worden sei, so müßten sich Frankreich und Belgien doch über die Politik einigen, die sie auf der Konferenz befolgen wollen, und in erster Linie über die Probleme, die sich aus dem deutschen Besuch zur Zulassung zum Völkerverband ergeben. Hier spiele vor allem die Tatsache eine Rolle, daß Stresemann in seiner Note, wenn auch keine direkten Vorbehalte geäußert, sie doch auf frühere Memoranden bezogen habe, die derartige Vorbehalte für die deutsche Mitarbeit in Genf enthielten. Ferner ergebe sich, nachdem Deutschland ein ständiger Sitz im Völkerverband zugesichert worden sei, die Frage der Erweiterung dieses Rates, in dem gegenwärtig vier Mächte, nämlich Großbritannien, Frankreich, Japan und Italien ständig vertreten sind. Wie Polen, Spanien u. a. auch die Tschechoslowakei, so fordert auch Belgien einen ständigen Sitz. Angesichts der Tatsache, daß der polnische Anspruch bereits in angelsächsischen Kreisen bekämpft werde, sei es selbstverständlich, wenn Briand und Vandervelde sich ins Benehmen setzten, um eine gemeinsame Politik zur Verteidigung der polnischen Forderungen und der ferneren Zulassung Belgiens zum Rat festzulegen.

In England werden die französischen Bemühungen, die Zahl der Völkerverbandsitze zu Gunsten der französischen Trabantanten zu vermehren, mit großer Besorgnis verfolgt. Der „Daily Telegraph“ schreibt, Frankreich habe mit Unterstützung anderer Mächte die Führung einer Bewegung übernommen, die dazu bestimmt sei, die Zahl der ständigen Sitze im Völkerverband durch Hinzuziehung Spaniens, Polens und möglicherweise Brasiliens zu erhöhen. Die Bewegung habe das Ziel, Deutschlands Anwesenheit im Völkerverband entgegenzutreten, um durch die Festigung einer überwältigenden antideutschen Mehrheit jeden Einfluß, den das Deutsche Reich auf die Beschlüsse des Bundes unter Umständen ausüben könnte, von Anfang an zu verhindern. Großbritanniens Stellung im Rat würde erheblich geschwächt und der ursprüngliche Zweck der ganzen Institution umgewandelt werden.

Reichsregierung und Wirtschaftsnote

Berlin, 11. Febr. Der Abschluß zum 1. Februar zeigt eine katastrophale Steigerung der Stilllegungen und Betriebseinschränkungen. In dieser Woche sind im Reichsgebiet 1100 Betriebe neu stillgelegt worden und 3100 haben weitere Feiertagsarbeiten einlegen müssen, darunter viele Kleinbetriebe. Die Gefahr der Volkseinstellung, die eine solche Weiterentwicklung zur Folge haben muß, hat nunmehr die Reichsregierung veranlaßt, die Frage der Reichshilfe zur Abwendung weiterer Massenstilllegungen und Betriebseinschränkungen zur Erörterung in den Kabinettsitzungen zu bringen. Die Verhandlungen im Reichskabinett sollen, wie sich der Kanzler gestern zu mehreren Parlamentariern äußerte, mit Beschleunigung geführt werden. Am Montag wird der Kanzler Vertreter der Industrie und verschiedener Berufsstände zu einer eingehenden Aussprache empfangen.

Zu Ende Januar erreicht die Erwerbslosenziffer regelmäßig den höchsten Stand. Bei der Zunahme der unterstützten Erwerbslosen in der zweiten Januarhälfte dieses Jahres von 1 767 000 auf 2 030 000 ist ferner zu berücksichtigen, daß in diesem Zeitraum die Bestimmungen über die Einbeziehung der höher bezahlten Angestellten in die Unterstützung, sowie die Verlängerung der Unterstützungsdauer für zahlreiche sachliche und örtliche Gebiete wirksam geworden sind. Am einzelnen hat die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger sich von 1 555 000 auf 1 773 000, die der weiblichen von 212 000 auf 257 000 erhöht. Die Zahl der unterhaltsberechtigten Angehörigen der Hauptunterstützungsempfänger von 2 090 000 auf 2 359 000.

Der Reichswehrminister über Reichswehr und Verbände

Berlin, 11. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstags lehnte heute die allgemeine Aussprache über den Etat des Reichswehrministeriums ab. Reichswehrminister Dr. Gessler verwies gegenüber kommunistischen Angriffen darauf, daß in die Reichswehr selbstverständlich nicht Leute aufgenommen wurden, für die der zu leistende Eid nicht gelte und die nur eintreten, um den Eid zu verletzen, und die den Staat umstürzen wollen. Die Reichswehr ist keine Versorgungsanstalt. Wir dürfen nicht Leute hereinnehmen, die der Kriminalität schon verfallen sind. Die Meldungen von Nachtübungen und anderen Sachen sind zum größten Teil absoluter Mist. Der Minister bezeichnete die Redereien von Meutereien in der Reichswehr als reinen Schwindel. Auf die politischen Aufgaben der vaterländischen Verbände wolle er sich in keiner Weise einlassen. Er habe den Verbänden nur eine militärische Bedeutung abgeprochen. Die Ausbildung der Reichswehr sei eine ganz andere geworden. Einen Kampfwert hätten diese Verbände nicht mehr. Die Verbände hätten zwar Aufgaben auf politischem Gebiet und er freue sich, wenn der Gedanke der Beharrlichkeit dort von ihnen vertreten werde, aber sowohl die vaterländischen Verbände, wie auch das Reichsbanner seien Parteiverbände und trügen dadurch eine Unruhe in die Bevölkerung. Die Reichswehr wolle nicht in diese Unruhe hineingezogen werden. Sie könne ihre Aufgabe nur erfüllen, wenn ihre Bedeutung als Instrument zur Erhaltung des Staats von keiner Seite angefochten werde. Der kommunistische Antrag, das Gehalt des Reichswehrministers zu streichen, wurde abgelehnt.

Strafanträge gegen Stuttgarter Kommunisten

Leipzig, 11. Febr. In dem Prozesse gegen die Stuttgarter Kommunisten vor dem Süddeutschen Senat des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik beantragte der Reichsanwalt heute folgende Strafen: Gegen den Mechaniker Ludwig Herr 10 Jahre Zuchthaus, gegen den Schreiner Paul Schmid 2 Jahre Zuchthaus, gegen den Hilfsarbeiter Hermann Hepperle 3 Jahre Zuchthaus, gegen den Schneider Paul Kuhle 3 Jahre Zuchthaus, gegen den Sattler Eugen Sprecher 3 Jahre und sechs Monate Zuchthaus.

Vor einer Verminderung der Rheinlandsbesatzung

London, 11. Febr. Auf eine Anfrage des Abg. Kenworthy wegen der Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland erklärte Chamberlain im Unterhaus:

Die Stärke der Besatzungstruppen beläuft sich auf 74 500 Mann oder annähernd auf diese Zahl. Es ist aber nicht zutreffend, daß, wie einige Zeitungen vor kurzer Zeit meldeten, die Regierungen der Besatzungsmächte beschlossen hätten, die gesamte Stärke der Besatzungstruppen in der zweiten und dritten Zone in der Höhe dieser Ziffer oder auch etwa in dieser Höhe festzusetzen. In der Note der Vorkonferenz vom 14. November war mitgeteilt worden, daß die Herabsetzung bis zu einer annähernd normalen Zahl durchgeführt werden soll. Die Politik der Besatzungsmächte, die den verschiedenen Problemen ihre Aufmerksamkeit zuwendet, die mit dieser Frage zusammenhängen, geht dahin, daß eine nennenswerte Herabsetzung der jetzigen Besatzungsstärke durchgeführt werden soll, sobald die Verträge von Locarno ratifiziert und Verbesserungsmaßnahmen, die bereits in dem Besatzungsregime eingeführt worden sind, im besetzten Gebiet ihre natürlichen befriedigenden Wirkungen erzielt haben.

Kenworthy stellte darauf die Frage, wann die Herabsetzung beginnen würde. Chamberlain antwortete, er könne die Zeit nicht genauer angeben, als es in seiner Antwort geschehen sei. Chamberlain fügte noch hinzu, daß die Besatzungsstärke der französischen Truppen etwa 60 000, die der britischen 8000 Mann betrage, und daß der Rest auf die belgischen Truppen entfalle.

Im weiteren Verlauf der Sitzung erklärte Chamberlain auf eine Anfrage, er werde die vor der Wiederaufnahme stehenden französisch-russischen Verhandlungen aufmerksam verfolgen, um zu sehen, ob dadurch auch die Wiederaufnahme der Unterhandlungen zwischen Rußland und England erleichtert werden.

Deutsche Minderheiten und Kleine Entente

Wien, 11. Febr. Nach Schluß der Beratungen der Konferenz der Kleinen Entente wurde eine amtliche Verlautbarung ausgegeben, die besagt, daß Benesch, Nintschisch und Duca die Fragen prüften, die bei der nächsten Tagung des Völkerverbands zur Behandlung kommen werden, und die allgemeinen Richtlinien für das Verhalten der Staaten der Kleinen Entente zur Abrüstungsfrage festsetzten. Weiterhin habe den Gegenstand einer eingehenden Erwägung die Lage, die durch die Nachwirkung der Verträge von Locarno im Süden Europas geschaffen wurde, gebildet. Auch die Geldfälscherangelegenheit in Ungarn war Gegenstand der Besprechungen. Die Staaten der Kleinen Entente haben beschlossen, das Ergebnis der Untersuchungen in dieser Angelegenheit abzuwarten.

In Ergänzung dieser amtlichen Verlautbarung wird bekannt, daß in der Sitzung auch die Frage der Mitgliedschaft Deutschlands im Völkerverband von Benesch zur Sprache gebracht wurde. Er lenkte die Aufmerksamkeit seiner Ministerkollegen darauf hin, daß Deutschland im Völkerverband wahrscheinlich die Frage der deutschen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente zur Sprache bringen werde. Es wurde beschlossen, daß die Kleine Entente bereits jetzt Schritte unternehme, damit eine etwaige Intervention Deutschlands nicht auf eine Weise geschehen könne, die die Interessen der Kleinen Entente beeinträchtigen würde. Benesch erklärte außerdem, daß die Verhandlungen über die Anerkennung Rußlands durch die Tschechoslowakei abgebrochen würden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 11. Febr. Am Regierungstisch Reichsfinanzminister Dr. Reinhold. Präsident Löbe eröffnete die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltplans für 1925.

Als erster Redner aus dem Hause nimmt Abg. Hergt (Dnt.) das Wort. Er weist darauf hin, daß der neue Reichsfinanzminister verschwenderisch mit vollen Händen aus einem Füllhorn Gaben ausgeschüttet habe. Dieses Füllhorn ist nur gefüllt dank der vorsichtigen Finanzpolitik seines Amtsvorgängers. Der neue Finanzminister hat ein Programm entwickelt, aber wenig Sicherheiten für die Zukunft geboten. Seine Finanzpolitik steht daher in scharfem Gegensatz zu der vorsichtigen Finanzpolitik seines Vorgängers. Der neue Herr bringt eine Morgengabe von 550 Millionen Mark dar, dazu noch einen großen Sack voll guter Vorsätze. Das wird ja seine Wirkung auf die große Menge nicht verfehlen. Der Abbau der produktionshemmenden Steuern sei durchaus zu begrüßen. Der Minister werde auch die Unterstützung der Deutschnationalen finden, wenn er diesen Weg weiter verfolge. Der fundamentale Unterschied der deutschnationalen Politik und der des Ministers ist der, daß wir, so erklärte der Redner, den Steuerabbau ausgleichen wollen durch Droffnung der Ausgaben und Steigerung der Einnahmen. Das Programm des Ministers enthält davon aber nichts. Die Durchführung der Vorschläge des Ministers zum Finanzausgleich würde eine dauernde Unsicherheit in das Verhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden bringen. Es sei zu befürchten, daß in dem Programm des Finanzministers die unvermeidlichen Ausgaben nicht gedeckt werden können, so daß die Gefahr einer Finanzkontrolle drohe, die aber unbedingt vermieden werden müsse. Im Ausland wird der Eindruck einer unsoliden deutschen Finanzgebarung erweckt werden. Ebenso verfehlt wäre es, wenn das Ausland aus unserer Finanzpolitik zu dem Eindruck käme, daß wir im Gelde schwimmen. Durch die steigende Not und die Arbeitslosigkeit seien die Grundlagen des Damesgutachens zusammengefallen. Der Redner schließt mit der Aufforderung, in dieser neutralen Fragen die Parteigegensätze zu überbrücken.

Württemberg

Stuttgart, 11. Febr. Dritter Nachtrag zum Staatshaushaltgesetz für 1925. Im dritten Nachtrag zum Staatshaushaltgesetz für 1925 werden beim

Konfirmanden-Anzüge preiswert und gut sowie in größter Auswahl Konfektionshaus **Globus** Pforzheim Westliche 38

Und dennoch kam das Glück ..

Original-Roman von Irene Hellmuth

7) Nachdruck verboten.)

Das geht natürlich auf mich, aber mich rührt es nicht! Denn wenn Fräulein Oly einen sieht, der ihr besser gefällt, dann nimmt sie ihn ohne Bedenken, davon bin ich überzeugt. Sie schwärmt auch immer davon, einmal eine große Sängerin werden zu wollen, aber zur weiteren Ausbildung reichen die Mittel nicht. Auch ist die Stimme zu klein. Sie genügt gerade für den Chor. Doch darum kümmerge ich mich nicht, ich werde mir, wie gesagt, eine andere Wohnung suchen, aber dann bei einer Witwe ohne Tochter. Höre mal gelegentlich bei deinen Bekannten herum, Mathilde."

Diese nickte: „Das will ich gern, aber du mußt doch einen Grund angeben, wenn du ausziehen willst."

„Der ist leicht gefunden."

„Du wohnst doch schon lange bei Frau Wandsbeck und es wird sie kränken, wenn du ausziehst."

Alfred zuckte die Achseln.

„Ich kann ihr nicht helfen."

Nach lange saßen die Geschwister beisammen, und als Alfred endlich aufbrach, stand der Mond voll und klar am Himmel.

Der junge Mann schlug den Weg nach der Vorstadt ein, ganz im Grünen versteckt, die Villa des Generaldirektors Wiedrecht lag. Es war ein schönes, stattliches Gebäude. Weiß schimmerte es zwischen den Bäumen des Parks hervor.

Aber dunkel und still lag es da in dem großen, herrlichen Garten, der sich weithin erstreckte und viele alte prächtige Bäume aufwies, die auch bereits das Laub abgeworfen hatten. Nur verschiedene Blautannen und Fichten, die das Haus wie Wächter umstanden, trugen unverändert ihr geräuhertes Aussehen.

Aus keinem der vielen Fenster schimmerte Licht, das ei-

ferne Gitter, das die Villa nach der Straße zu abschloß, war bereits versperrt.

Da wandte sich Alfred seufzend ab und ging nach Hause.

2.

Es war an demselben Tag gegen Abend, als Fräulein Oly Wandsbeck von einem kleinen Bummel, den sie mit einigen Kollegen durch die Stadt gemacht hatte, heimkehrte. Der eben einsetzende Regen trieb sie früher nach Hause wie gewöhnlich; denn wenn sie im Theater nicht beschäftigt war, pflegte sie viel später zurückzukommen. Frau Wandsbeck empfing die Tochter mit einer Flut zärtlicher Worte:

„Na, Olychen, du kommst ja heute sehr früh, hast du dich schlecht unterhalten, mein Kind?"

„Siehst du denn nicht, daß es regnet?" entgegnete Oly mürrisch. „Kann man denn in solchem Wetter spazieren gehen? Nicht mal die kleinste Freude hat man", maulte sie geärgert und mühsam. „Was soll ich nun wieder den ganzen langen Abend anfangen?"

„Du hast doch Bücher genug, mein Liebling, lies etwas oder singe ein wenig," riet die Mutter gutmütig.

„Das ist mir alles zu langweilig, ich mag es nicht! Weißt du, was ich jetzt möchte?"

„Nun mein Kind?"

„Daß Herr Wendland käme und mich zu einem feinen Abendessen einlade mit Sekt und so — —"

Sie schnalzte mit der Zunge und drehte sich aufgeregt im Kreise herum.

„Herrgott, hab ich den Menschen gern, Mutter, und er will immer nichts merken! Was fange ich nur an, um ihm zu gefallen? Den Kopf hab ich mir schon zerbrochen deswegen! Er muß doch längst wissen, daß ich ihm gut bin! Ich kanns ihm doch selbst nicht sagen! Warum heißt er nicht an? Nicht einmal ins Theater geht er, wenn ich zu tun habe! Wie froh wären meine Kollegen, wenn ich nur halb so lieb zu ihnen wäre, wie zu diesen Koch, der immer nicht begreifen will, daß ich seine Frau werden möchte!"

„Ach, Kindchen," seufzte Frau Wandsbeck bekümmert, „ich glaube, um den bemüht du dich vergebens; denn wenn er

wollte, hätte er längst zugriffen. Du mußt ihn dir aus dem Kopf schlagen."

„Fällt mir gar nicht ein," trotzte Oly und warf den Kopf zurück. „Der muß noch betteln um meine Liebe, — so klein wird er noch, du wirst schon sehen!"

Sie machte eine bezeichnende Handbewegung.

Die Mutter lächelte ungläubig. „Miß sollts ja freuen, wenn sich dein Herzenswunsch erfüllt, aber ich kann mir nicht denken, wie du es anfangen willst!"

„Das laß nur meine Sorge sein, Mutter! Die Männer kann man alle um den kleinen Finger wickeln, wenn man klug und hübsch ist! — Gott, wie viele hätte ich schon haben können, wenn ich gewollt hätte!" prahlte sie und verzog spöttisch den Mund; „denn hübsch bin ich doch, nicht wahr, Mutter?"

„Hübsch?" sagte diese und lächelte stolz. „Du bist eine Schönheit, mein Töchterchen — das weiß die Stadt!"

„Weiß es die Stadt!" jubelte Oly und sah die runde alte Frau um die Hüften, um sie ein paar mal im Kreise herumzudrehen, bis sie ganz außer Atem auf den nächsten Stuhl sank.

„Du wildes Kind!" schalt sie zärtlich. „Aber jetzt mußt du wieder an meine Arbeit, ich habe noch sehr viel zu tun!"

Oly gähnte herzhaft.

„Was soll ich nun anfangen," fragte sie. „Was essen wir denn zu Abend?"

„Gleich, mein Kind! Ich habe Wurstbrot und Tee!"

„Ach, das ewige Wurstbrot! Wenn ich einmal verheiratet bin, dann singe ich natürlich nicht mehr im Chor mit. Dann muß mich mein Mann abends in ein feines Gasthaus führen, wo man gut isst und trinkt — und wo es lustig hergeht, — wo Konzert ist und viel Leben! Und nachher gehen wir ins Kaffee — ah, — das soll ein Leben werden!"

„Glaubst du, Kind, daß ich dann auch manchmal mitgehen kann?"

„Aber natürlich, Mutter, dich nehmen wir selbstverständlich mit, das mach ich schon aus!"

(Fortsetzung folgt.)

Dedentischen Dienst der Kultverwaltung in Kap. 61 Tit. 4 weiter gefordert 84 874 RM., darunter einmalig 17 500 RM. Der Titel erhält die Bezeichnung „Kanzleikosten, Reinigung, Heizung, Beleuchtung, Miete“. Der geforderte Betrag ist als Miete für die Unterbringung des evangelischen Waisenhauses in der früheren Unteroffizier-Vorbildungsanstalt in Ellwangen auf 2 Jahre und für die Ueberlassung von Geräten für das Waisenhaus an das Reich zu bezahlen. Die Mittel konnten nicht früher angefordert werden, weil der Kauf- und Mietvertrag, dem der Landtag seinerzeit zugestimmt hat, erst in den letzten Wochen vom Reichsfinanzministerium genehmigt worden ist. Der Entwurf wird dem Landtag demnächst zugehen.

Erholungsreise des Staatspräsidenten Bazille. Das Befinden des Staatspräsidenten Bazille, der sich bekanntlich vor einiger Zeit zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nach Freudenstadt begeben hat, hat sich nicht wesentlich gebessert. Die Ärzte halten es vielmehr für notwendig, daß er sich auf einige Zeit in ein südlicheres Klima begibt. Der Staatspräsident hat zu diesem Zweck als Aufenthaltsort den Hauptort von Korsika, Ajaccio, ausersehen. Er begibt sich heute dort hin.

Ehrung. Die Technische Hochschule in Darmstadt hat den stellvertretenden Direktor der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen Dipl.-Ing. Franz Lappe von Cannstatt zum Doktor-Ing. ehrenhalber ernannt.

Brandstiftung. Das Schwurgericht hat den Metzger und Wirt Valentin Härter von Münstlingen O. Leonberg wegen Brandstiftung und Versicherungsbetrugs zu 3 Jahren 3 Monaten Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Vom Tode. In einem Geschäftsraum eines Hauses der Kofernenstraße stürzte ein 66 J. a. Mann durch Unvorsichtigkeit eine Treppe hinab. Er trug eine Rückenquetschung und eine Kopfverletzung davon und mußte nach dem Katharinenhospital verbracht werden.

Aus dem Lande

Hofen O. B. Besigheim, 11. Febr. Bubenstreich. Der Steinbruchbesitzer Bollinger hatte in seinem Steinbruch über Nacht einen beladenen Steinwagen stehen. Als er am andern Morgen den Wagen abfahren wollte und nebenher ging, fielen Wagen und Räder auseinander und der Fuhrmann entging mit knapper Mühe schweren Verletzungen durch die herabfallenden Steine. An den Rädern waren nämlich während der Nacht die Zapfen von frechen Händen entfernt worden.

Jang O. Heidenheim, 11. Febr. Festgestellter Tod. An die Eltern des seit 17. Oktober 1918 vermißten Schützen Georg Fähnle, die Schneidemeisterseheleute Fähnle in Jang, ist jetzt eine amtliche Nachricht vom Tod ihres Sohnes eingetroffen. Darnach ist ihr Sohn Georg Fähnle im Gefecht bei l'Arbre de Guise am 17. Oktober 1918 gefallen und nun auf dem deutschen Militärfriedhof von Le Cateau, Departement Nord, beigesetzt worden.

Gültstein O. Herrenberg, 11. Febr. Ein Unglück kommt selten allein. Der 68 J. a. Bauer Johannes Maier (Jakobs Sohn) ließ sich, wie schon gemeldet, vom Zug überfahren. Am Dienstag einige Stunden bevor der Unglückliche beerdigt wurde, starb nun auch seine Frau, wohl infolge des furchtbaren Schlags, der sie betroffen hat.

Degerloch O. Tübingen, 11. Febr. Erstochen. Der 47 J. alte Farrenhalter und Landwirt Gottlieb Kern und der 50 J. alte Bauer Karl Weber, die im gleichen Hause wohnen, lebten schon seit längerer Zeit miteinander in Feindschaft. Am Mittwochabend kam es zwischen ihnen zu Auseinandersetzungen, an denen auch der Sohn des Weber beteiligt war. Es kam zu einer Messerschere. Kern erhielt wahrscheinlich von dem Sohn des Weber einen Stich ins Herz, der alsbald zum Tod führte. Auch der alte Weber wurde mehrfach gestochen und schwebt in Lebensgefahr, während die Verletzungen, die der junge Weber erhielt, weniger gefährlich sind. Der junge Weber wurde verhaftet. Die eigentliche Schuldfrage muß noch durch die Untersuchung geklärt werden.

Unterhausen O. Neutlingen, 11. Febr. Betriebsunfall. Die 29 J. a. led. Friederike Schiller brachte in der Spinnerei Burkhardt den linken Arm in eine Troffelmaschine, sodaß sie bedeutende Fleischwunden erlitt, die ihre Ueberführung ins Bezirkskrankenhaus nötig machten.

Alpirsbach, 11. Febr. Notstandsarbeit. Mit Bewilligung des Arbeitsministeriums kann die Verbesserung der „Reichsstraße“ nach Röttenbach als Notstandsarbeit durchgeführt werden. Dadurch findet eine größere Anzahl Erwerbsloser Beschäftigung. Der Voranschlag des Unternehmens beziffert sich auf 25 000 Mark. Dazu gewährte das Landesamt für Arbeitsvermittlung 10 000 Mark als Darlehen zu niedrigen Zinssätzen und das Arbeitsamt kann 7000 Mark zusetzen. Bereits sind Unterhandlungen wegen Grundstücksverkauf eingeleitet.

Göppingen, 11. Febr. Ein Milchrieg. Zwischen der Milchverorgungs-Genossenschaft und einigen Milchhändlern ist es zum Milchrieg gekommen. Die Folge davon war, daß der Milchpreis von 32 auf 26 Pfg. herunterging. Der Erzeuger erhält nur 20 Pfg.

Geislingen a. St., 11. Febr. Flußbettregulierung. Die Stadt will nächstens die Ueberlegung im Weg der produktiven Erwerbslosenfürsorge durchführen. Es handelt sich um Abschneiden eines großen Flußbogens durch Herstellung eines 130 Meter langen neuen Betts, wodurch dann etwa 350—400 Meter alter Flußlauf zu Aue- und Baugebiete gewonnen wird. Im Zusammenhang mit dieser Arbeit wird eine neue Betonbrücke erstellt und die Straße nach Eybach an dieser Stelle verbessert.

Ravensburg, 11. Febr. Brandstiftung. Der 45 Jahre alte verheiratete Gastwirt und Landwirt Adolf Hüpenlaub, der sein Wohnhaus in Britschweiler, Gemeinde Altheim, O. Biberach, vorzüglich in Brand gesteckt hatte, um dadurch die Brandversicherungsgelder für einen Neubau und zur Zahlung seiner Schulden zu erhalten, wurde vom Schwurgericht wegen Brandstiftung und Versicherungsbetrugs zu der Zuchthausstrafe von 2 Jahren 10 Monaten, sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren verurteilt.

Teftnang, 11. Febr. Tod in den Flammen. Einem folgenschweren Brandunglück ist das gesamte Anwesen des Landwirts Fidel Hirscher in Gunzenweiler bei Neutirch zum Opfer gefallen. Das Feuer brach Dienstag nacht in der Scheuer aus und verbreitete sich mit unglaublicher Schnelligkeit über das Oekonomiegelände und angebaute Wohnhaus. Es wird Brandstiftung vermutet. Das Vieh konnte herausgebracht werden. Die ganze Einrichtung und das Inventar fielen aber dem Feuer zum Opfer. In der Dachkammer des Hauses wohnten die beiden Brüder der Schwiegermutter des Besitzers, der 79jährige Stefan Schell und

der 82 J. a. Andreas Schell. Mit Mühe und Not gelang es dem Besitzer, den ersteren in Sicherheit zu bringen. Während Andreas Schell seit Brandausbruch vermißt wird, es muß leider angenommen werden, daß er den Feuererlitten hat. Das abgebrannte alte Wohnhaus, ein historisches Gebäude mit wertvollen, unter gewölbtem Bordach befindlichen Malereien war als Sehenswürdigkeit weitum in der Gegend bekannt. Zur Einrichtung zählte manch unerfegliches Stück von historischem Wert, darunter alte Gemälde, bemalte Möbel und sonstige Altertümer. All das ist nun durch das Feuer der Vernichtung anheimgefallen. Vom Anwesen, das lichterloh in Flammen stand, konnte nichts mehr gerettet werden.

Dielenheim, 11. Febr. Ueberfahren. Auf der Allerbrücke, an der zurzeit Bauarbeiten vorgenommen werden, scheute das Pferd des Gerbermeisters Schilling von Reilmünze an dem Geöse der Dampfmaschine und warf den Wagen um, so daß der Sohn Joseph des Schilling vom Wagen fiel und schwere Verletzungen davontrug.

Baden

Karlsruhe, 11. Febr. Der Bürgerschaft beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit dem Wohnungsbau 1926. Nach den Mitteilungen von Bürgermeister Schneider beträgt in Karlsruhe zurzeit die Zahl der fehlenden Wohnungen 2000. Die heutige Mierte beirage nicht einmal die Hälfte dessen, was eine Neubauwohnung kosten müße. Dadurch werde die Produktion gehemmt. Die Stadt wolle Baukapital zu billigen Zinsen zur Verfügung stellen. Sie wolle den Zins auf 5—6 v. H. herabdrücken. Doch die Neubaukosten ständen noch weit über Friedenzhöhe. Sie betragen zurzeit das 1,65fache gegenüber der Friedenzzeit. Die Mieten in den Altwohnungen müßten auf das 1,45fache des Friedenz herausgehakt werden. Nach längerer Aussprache wurden die Anforderungen des Stadtrats für den Wohnungsbau 1926 genehmigt.

Heidelberg, 11. Febr. Gegen den Privatdozenten an der Heidelberger Universität Dr. Gumbel, der sich seit längerer Zeit in Moskau aufhält, ist ein neues Disziplinarverfahren anhängig gemacht worden. Das Disziplinarverfahren greift nicht auf den bereits erledigten Fall, nämlich die Rede in der bekannten Kriegsbekämpfungerversammlung zurück, sondern ist u. a. nach Frankreich gerichtet und hat dort Vorträge über die Kriegsschuldfrage gehalten in einer Zeit, in der ein solches Auftreten und mit einem solchen Thema in Deutschland höchst unerfreulich erscheinen müße. Weiter wird Gumbel zum Vorwurf gemacht, daß er in einem Brief Vergleiche zwischen den beiden Pariser Friedensbeschlüssen von 1871 und 1918 gezogen hat. Er soll in diesem Brief erklärt haben, daß der Friede von 1871 genau ein solcher Gewaltfrieden gewesen sei wie der Friede von 1919. Gumbel hat diesen Brief abgelehnt. Später aber wurde er im Original im Württembergischen Landtag vorgelegt. Der Senat hat nun auf Antrag der philosophischen Fakultät in Heidelberg die Einleitung des Disziplinarverfahrens beantragt.

Beilheim, 11. Febr. Der 21 Jahre alte Otto Kopf, der bei dem Brauereibesitzer Karl Silbernagel als Treiber angestellt war, wurde von diesem auf der Jagd aus Versehen angeschossen. Die Begleitumstände, die zu dem bedauerlichen Unglück geführt haben, bedürfen noch der Aufklärung.

Baden-Baden, 11. Febr. Nachts brach in einem Haus der Bertholdstraße ein Brand aus, der sich in kurzer Zeit auf den ganzen Dachstuhl ausdehnte. Der Dachstuhl ist völlig ausgebrannt. Die Entstehungsurache des Feuers ist bis jetzt unbekannt. Der angerichtete Schaden beträgt einige Tausend Mark.

Hahmersheim, 11. Febr. Dieser Tage fiel das siebenjährige Schöhnchen des Landwirts Adolf Zimmermann in den Neckar und wurde sofort von der Strömung fortgerissen. Während Männer nach einer Stange riefen und die Umstehenden um Hilfe schrien, stieg der Schüler Karl Bühler, Sohn des Bäckermeisters Bühler dahier, kurzentschlossen in die kalte Flut und entriß den schon bewußtlos gewordenen Knaben dem Tod.

Schiltach, 10. Febr. Bei der ausgefundenen Leiche handelt es sich um den 30 J. a. Kaufmann Semmi Auerbacher aus Rippenheim. Das Geld und seine Effekten fanden sich noch vor. Den angestellten Nachforschungen der Staatsanwaltschaft Offenburg unter Zuziehung des Landespolizeiamts und der Genbarmerie ist es gelungen, einwandfrei festzustellen, daß ein Verbrechen ausgeschlossen ist und daß Auerbacher am 12. Januar 26 auf dem Heimweg von einer Geschäftsstour im Dohlebach infolge der Dunkelheit vom Weg abgeriet und beim Wasserfall von einem acht Meter hohen Felsen herabstürzte. In schwer verletztem Zustand hatte sich der Verunglückte noch etwa 200 Meter von der Absturzstelle weiter gegen Schiltach geschleppt, wo er verstarb.

Gutach, 11. Febr. Der etwa 25 Jahre alte Hans Mißch stürzte am hohen Weg bei Gutach mit seinem Motorrad die Böschung hinunter und zog sich erhebliche Verletzungen zu.

Schwehingen, 11. Febr. Seit drei Tagen wird die 33jährige Frau Frida Böfinger von hier vermißt. Sie wurde am Montagabend zum letztenmal auf dem Schwehinger Bahnhof gesehen.

Billingen l. B., 11. Febr. Zu der diejer Tage durch die Presse gegangenen Notiz, daß Erlafkirchengloden nur bis zum 30. Juni d. J. gratis befördert werden sollen, teilte die Verbandsleitung des Deutschen Glodengießer-Verbandes hier mit, daß sie wegen einer Verlängerung der Frist über den 30. Juni hinaus bereits in Verhandlungen mit den zuständigen Reichsressorts stehe.

Sokales.

Wildbad, 12. Febr. 1926.

Frühjahrsgefellensprüfungen 1926. Wie aus der Zeitschrift „Das Württ. Handwerk“ zu entnehmen ist, hat die Handwerkskammer Neutlingen die Frühjahrsgefellensprüfungen ausgeschrieben. Anmeldetermin ist der 22. Febr. 1926. Unsere in der Sache interessierten Leser machen wir darauf aufmerksam.

Vinden-Lichtspiele. Ab Samstag bis einschließlich Montag läuft in den Li. Li. der große historische Film „Göy von Berlichingen“. Der Film läuft 3. St. mit dem denkbar größten Erfolge in den Kammerlichtspielen in Pforzheim. Die schauspielerische Besetzung ist derart erstklassig, wie sie bisher noch in keinem Film gezeigt wurde. Namen wie Eugen Klöpfer, Paul Hartmann, Theodor Loos, Albert

Steinrück, Erna Morena, Lucie Hößlich u. a. zeigen, daß die größte Sorgfalt auf die Besetzung der einzelnen Rollen verwandt wurde. Die Handlung ist spannend von Anfang bis Ende und führt uns in das Jahr 1525. Zu jenen Zeiten war in deutschen Gauen die Macht der Ritter und Fürsten schier unbegrenzt. In hartem Frohndienst waren die Bauern ihnen untertan und schwer wurde jeder Frevel geahndet. Göy von Berlichingen, der ein Beschützer der Unterdrückten war, wurde vom damaligen Kaiser Maximilian deshalb in Acht und Bann erklärt und wird mit List auf das Rathaus in Heilbronn gebracht, woselbst dann das Todesurteil über ihn verhängt wird usw. Dies sei nur eine kleine Erklärung aus dem Inhalt dieses einzig schönen Filmwerks. Als Beiprogramm läuft eine Zattige Grotteske, betitelt „Billie's Großlampstag“. Den Schluß dieses wirklich schönen Programmes bildet die neue „Afa-Bochenjchau“, welche diesmal besonders interessante Bilder zeigt.

Zur Landwirtschaftskammerwahl. Zu der am kommenden Sonntag stattfindenden Wahl zur Württ. Landwirtschaftskammer, die in 4 gelonderten Wahlkreisen erfolgt, sind verschiedene Wahlvorschlüge eingereicht worden. Da durch das Kumulieren eine starke Verschiebung der Stimmenzahl zwischen den einzelnen Bezirken herbeigeführt werden kann, ist es den Landwirten dringend zu empfehlen, von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Auf den Wahlvorschlügen sind einige Namen mehr angegeben, als gewählt werden können, es fallen also diejenigen Bezirke, die schlecht wählten, durch, und sie haben es sich nachher selbst zuzuschreiben, wenn sie nicht vertreten sind.

Rauchverbot in den Post-Kraftwagen. Die Oberpostdirektion Stuttgart hat verfügt: Das Rauchverbot in den Post-Kraftomnibussen ist streng durchzuführen. Die Führer haben Reisende, denen sie das Rauchen unterlag haben und die sich dem Verbot nicht fügen, zum Verlassen des Wagens mit dem Anfordern aufzufordern, daß weiteres Verweilen im Wagen als Hausfriedensbruch gerichtlich bestraft werde.

Der Jahreslohnachweis für die gewerbliche Unfallversicherung. Die Frist für die Einreichung des Jahreslohnachweises an den Unfallversicherungsträger (Berufsgenossenschaft) läuft, worauf bereits aufmerksam gemacht worden ist, am 11. Februar ab. Die Einreichungsfrist ist eine gesetzliche, Gesuchen um Verlängerung kann daher nicht entsprechen werden. Den Unternehmern gewerblicher Betriebe ist in ihrem eigenen Interesse zu empfehlen, soweit es noch nicht geschehen ist, die Lohnnachweise sofort ihrer Berufsgenossenschaft einzuliefern, wenn sie Strafe und Einschätzung durch den Versicherungsträger vermeiden wollen. Im Falle der Einschätzung ist eine Beschwerde über zu hohe Beitragsfestsetzung im allgemeinen ausgeschlossen.

10 Stunden Tageslänge. Seit der Winterfennenwende hat sich die Länge des Tags von 7½ Stunden auf 10 Stunden vermehrt. Der Einfluß der Sonne, die von morgens 7.37 bis abends 5.38 am Horizont steht, ist unverkennbar. In der Natur herrscht überall Frühlingstimmung. Die Schneeglöcklein grünen uns da und dort aus den Gartenanlagen und die Amsel hat aufs neue angefangen, ihr Lied von ihrem Hochsitz herab erklingen zu lassen.

Naturschändung. Wer gegenwärtig einen Gang ins Freie unternimmt, um sich an der zu erwartenden Vorfrühlingsnatur zu erfreuen, muß oft wahrnehmen, daß an Hecken und Häimen von Bubenhand Feuer angelegt worden ist. Diese Naturschänder bedenen nicht den Schaden, den sie damit anrichten. Sie zerstören die Nistplätze unserer nützlichen Vogelwelt, vernichten die Lager der Hasen, die bereits im Busch verborgen ihre ersten Jungen pflegen, ungeachtet der Gefahr, daß nicht selten Waldbrände entstehen können.

Aus der Nachbarschaft.

Calw, 10. Februar. (Handelskammersitzung.) In der letzten öffentlichen Sitzung hat die Handelskammer zunächst das Ergebnis der erstmalig von der Kammer selbst durchgeführten Wahl festgestellt; die Wahl ist ordnungsmäßig verlaufen und hat zu keinen Beanstandungen geführt. Als Vorsitzender wurde wiederum Herr Sanwald-Calw, als stellvertretender Vorsitzender Herr Dreiß-Calw gewählt. Zugewählt wurden die Herren G. Graf-Dornstetten und Herrn Lemppenau-Höfen. — Es wurde sodann beschlossen, Herrn Otto Luber in Wildbad als Bücherfachverständigen öffentlich anzustellen und zu beedigen. — Die Kammer wird aufs neue wegen Einführung des Registerpfandrechts beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig werden, da die gegenwärtige Wirtschaftskrisis zu einer Sicherung der Gläubiger in dieser Richtung drängt. Es wird für die Schaffung eines beim Amtsgericht zu führenden Registers eingetreten, das der Heilichkeit der Sicherungsübereignung vorbeugt und die Gefahr der doppelten Uebereignung ausschaltet. — Da gegenwärtig die Neuordnung der Gemeinde- und Bezirksordnung von der Regierung bearbeitet wird, muß darauf hingewirkt werden, daß die erwerbstätigen Stände, Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, die in der Hauptsache die Mittel für die Kommunalverwaltung zur Verfügung stellen, auch bei der Verteilung dieser Mittel stärker und gerechter, als dies seither geschehen ist, herangezogen werden. — Die Fahrplanwünsche des Bezirks wurden einer eingehenden Erörterung unterzogen. Wieder und wieder soll auf Verbesserung der Anschlüsse in Pforzheim und Stuttgart nachdrücklich hingewiesen werden. Einige Beispiele: Calw ab 11.24, Pforzheim an 12.20. D 59 Pforzheim ab nach Stuttgart mit Anschluß nach Heilbronn 12.12. Calw ab 7.00, Stuttgart an 9.05. 8.36 fährt der Schnellzug nach München und Friedrichshafen weg. Calw ab 12.11, Stuttgart an 2.16. D 59 fährt 1.40 nach München und Bodensee, 2.05 nach Aalen. Stuttgart ab 7.40, Calw an 9.52. In Stuttgart trifft der Zug von Aalen her ein 7.52, von Kirchheim 7.54. Die Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Auch auf die Wiedereinführung der Triebwagen, die sich gerade auf der Strecke Cutingen—Pforzheim besonders bewährt haben, soll wieder hingearbeitet werden. — Die Beamtenwirtschaftsstelle hat auch in unserem Bezirk eine Musterausstellung und Verkaufstage abgehalten. Diese den Einzelhandel auf das schwerste schädigende Tätigkeit der Beamtenwirtschaftsstelle wird mit allem Nachdruck bekämpft werden, da sie heute durchaus keine Existenzberechtigung mehr hat. — Nach weiteren internen Besprechungen schloß der Vorsitzende die Sitzung.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 11. Febr. 4.20.
Dollarschuldenschein 99.15.
Kriegsanleihe 0.37.
Frank: Franken 131.175 zu 1 Pf. St., 27.14 zu 1 Dollar.

Berliner Geldmarkt, 11. Febr. Täg. Geld 4-7 v. H., Monatsgeld 7-8.5 v. H., Warenwechsel 7 v. H., Privatdiskont 5.5 v. H.

Verkauf von bayerischen Hypotheken- und Wechselbankaktien nach Amerika. Eine vorwiegend amerikanische Bankengruppe hat unter Mitwirkung des Berliner Bankhauses Hardy u. Co. G. m. b. H. einen größeren Posten Bayerische Hypotheken- und Wechselbankaktien übernommen, die demnächst durch die Firma Georg H. Baur u. Co. Neuport, zum Verkauf gebracht werden sollen.

Stuttgart, 11. Febr. Konkurs des Kaffee-Restaurants Merkur. Die Pächter des Kaffee-Restaurants Merkur haben Konkursantrag gestellt. Die Pacht war unerschwinglich und betrug jährlich 180-200 000 Mark. Die Brauerei Wulle hat als Hauptgläubigerin die gesamte Einrichtung beschlagnahmt und befreit ihren Ausfall auf 50 000 Mark.

Märkte

Stuttgarter Schlachthofmarkt, 11. Febr. Dem heutigen Markt im Stuttgarter Vieh- und Schlachthof waren zugeleitet: 19 Ochsen, 7 Bullen, 60 Jungbullen, 64 Jungrinder, 31 Kühe, 358 Kälber, 515 Schweine, 5 Schafe.

Ochsen: ausgewählte Tiere	43-44	Kälber: feinste Maß- u. beste Saughälber	68-70
vollfleischige Tiere	30-40	mittlere Maß- und gute Saughälber	62-66
gering genährte Tiere	-	geringe Kälber	53-60
Bullen: ausgewählte Tiere	42-45	Schafe: Maktämmer u. Hing. Hämmel	66-70
vollfleischige Tiere	38-41	Weidmähische geschlachtet mit Kopf	66-70
gering genährte Tiere	-	vollfleischige Schafvieh geschlachtet mit Kopf	-
Jungrinder: ausgewählte Tiere	47-50	Schweine: über 240 Pfund von 200-240 Pfund	78-79
vollfleischige Rinder	40-45	do. von 180-200 Pfund	76-77
gering genährte Rinder	30-37	do. Fleisch v. 120-180 Pfund	172-74
Kühe: ausgewählte Kühe	28-38	do. unter 120 Pfund	68-70
vollfleischige Kühe	16-26		
gering genährte Kühe	12-15		

Fruchtpreise. Ebingen: Weizen 12, Gerste 8.50-9, Haber 8.50. - Döhlenhausen: Gerste 9, Haber 8.50. - Waldsee: Gerste 9 Mark der Zentner.

Holzpreise. In Dürrenmettstetten Oß. Sulz wurde Langholz zu 117-132 v. H. der Tagpreise verkauft, in Weiden Oß. Sulz zu 112.5 v. H.

Waldenbuch, 11. Febr. Besitzwechsel. Die Stadtmühle ging im Aufstreich bei Aufhebung der Gemeinschaft auf Hermann Pfannenstanz Stadtmüller, um 50 000 Mark über.

Man spart Seife, wenn man der Waschlauge einen Zusatz von Senko beigibt. Senko Bleichsoda macht das Waschwasser weich und für das seifenhaltige Waschmittel aufnahmefähiger. In diesem weichgemachten Wasser entwickelt sich leicht und schnell die schaumige und fettsäure, wie sie die Hausfrau beim Waschen liebt. Außerdem wirkt Senko schmutzlockernd und reinigend und verkürzt das Waschen erheblich.

...aber was? Rahma-buttergleich

MARGARINE

Ev. Kirchengemeinde Wildbad.

Die Rechnung der Kirchengemeinde für das Rechnungsjahr 1924/25 ist abgeschlossen und geprüft worden. Sie wird gemäß Kirchengemeindeordnung § 52,2 vom 13. bis zum 20. ds. Mts. zur Einsichtnahme der Kirchengemeindeglieder im Amtszimmer des Unterzeichneten aufgelegt.
Wildbad, 12. Februar 1926.

Der Vorsitzende des Kirchengemeinderats:
Dr. Federlin.

Ev. Volksbund.

Am Sonntag, den 14. Februar, abends 5 Uhr, in der Stadtkirche Vortrag von Herrn Prälat Dr. v. Schöll aus Stuttgart über: „Die Eigenart der Württ. Landeskirche“.

Jedermann ist willkommen. Um zahlreiche Beteiligung bittet
der Ausschuss:
J. A.: Dr. Federlin.

Linden-Lichtspiele

Samstag, Sonntag und Montag
jeweils abends 9 Uhr
sowie Sonntag nachmittag 4 Uhr

„Götz von Berlichingen“

Schauspiel in einem Vorspiel und sechs Akten.
Erstklassige Besetzung deutscher Schauspieler.

„Billie's Großkampftag“

Groteske in zwei Akten.

Die neue Ufa-Wochenschau

Auf Fastnacht

empfehle ich:

1a. große Zwetschgen, Kistenware, per Pfd. Mk. 0.50
1a. große Plochina-Zwetschgen
in 1 Pfd.-Pak. Mk. 0.60 und 0.70

Mischobst, eigene Mischung, bestehend aus Feigen,
Murgth, Birnschnitz und Zwetschgen, per Pfd. Mk. 0.60

Mischobst, kalifornisches, Kistenware, per Pfd. Mk. 1.-

Dampfpfäfel per Pfd. Mk. 1.-

Kalifornische Aprikosen per Pfd. Mk. 1.50

Amerik. Schweinefett, beste Sorte, per Pfd. Mk. 1.10

Estol per Pfd. Mk. 0.85

Blauband und Rahma per Pfd. Mk. 1.-

ganz frische Ware

Spezial O Mehl per Pfd. Mk. 0.26

Spezial OO Kronen-Mehl per Pfd. Mk. 0.32

in Säckchen von 5 und 10 Pfund

Steyermärker Eier per Stück Mk. 0.17

Oberländer Trink-Eier per Stück Mk. 0.18

Robert Treiber

Krieger- u. Militärverein Wildbad

Am Sonntag den 14. Februar 1926, mittags 2 Uhr,
findet bei Kamerad Friz Ruch zum „Schwanen“ die

ordentliche General-Versammlung

statt. Tagesordnung: 1. Jahresbericht.
2. Rassenbericht.
3. Ausgabe der Ruffhüsermedaille.
4. Verschiedenes.

Die Kameraden werden zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.
Bierauschank! Der Ausschuss.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund

Ortsausschuß Wildbad.

Am Samstag den 13. Februar 1926, abends 7 1/2 Uhr,
findet im Gasthaus zum „Ratskeller“ unsere diesjährige

General-Versammlung

statt. Die gesamte Vorstandschaft sowie die dazu gewählten
Delegierten der dem Gewerkschafts-Kartell angeschlossenen
Verbände werden dringend ersucht, restlos zu erscheinen.
Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.
Der Vorstand.



Zehn
äußerst billige
Bettwäsche-
Tage

von heute bis einschl. Montag
den 22. Februar

J. Frank

Wäsche- und Aussteuer-Artikel
Hofheim, Westliche 29, 1. Etage

Ich empfehle mich in

Hotel- und Wohnungs-

Einrichtungen

J. G. Mörgenthaler

Möbelfabrik - Zuffenhausen
Gegründet 1874



Schützen-Verein Wildbad

Am Samstag den 13. Februar 1926
findet unser

Familien-Abend

im Hotel „Kühler Brunnen“ statt.

Beginn 8 Uhr.

Wir laden hierzu unsere Ehren-, aktiven
und passiven Mitglieder freundlichst ein.

Nichtmitglieder haben keinen Zutritt.

Auswärtige Gäste können nur nach vorheriger An-
meldung beim Schützenmeisteramt eingeführt werden

Das Schützenmeisteramt.

Freiwillige Gaben zur Gabenverlosung wollen bis
spätestens Freitag abend im Hotel „Kühler Brunnen“
bei Herrn Eisels abgegeben werden.

Suche für eine 20 Jahre
alte Hausdöchter gute Saison-
Kette als

Zimmermädchen

in guter Familienpension. An-
gebote bei Herrn Wilh. Kull
zur „Alten Linde“ abzugeben

Fräulein, 21 Jahre alt, in
allen Hausarbeiten erfahren,
sucht Stelle als

Zimmermädchen

in gutem Hotel oder Restau-
ration auf 1. oder 15. April.
Offerten zu richten an Frau
Krebs, Stuttgart, Knollstr. 6.

Fräulein, 25 Jahre alt,
sucht Stellung in Wildbad
als

Beschließerin, Zimmermädchen

oder ähnlichen Posten.
Prima Zeugnisse aus nur
erstklassigen Stellen stehen
zur Verfügung. Geff. Offerten
an die Tagblattgeschäftsstelle
unter R. 2 100 erbeten.

Bestellungen auf

Rumständer

wie Thomasmehl
Kainit
Kali-Düngesalz
Schwefelsauren Ammoniat
Bolldüngung (Mischung)
Harnstoff sowie

Düngeralkali

nimmt entgegen
Karl Schober
Handelsgärtner.

„Wehrwolf“

Ortsgruppe Wildbad.
Sente Freitag abend 9 Uhr
wichtige Besprechung
im Gasth. zum „Ratskeller“,
(Nebenzimmer).

Lohnender Verdienst

durch Einrichtung eines
Restergeschäftes.
Laden nicht nötig. Für Waren
200 bis 600 Mark erforderlich.
Offerten unter D. C. 7935
an Rudolf Rosse, Dresden.

Blutsaft

ein unübertroffenes
Kräftigungsmittel bei Bleich-
sucht und Blutarmut.
Niederlage:
Med.-Drogerie A. & W. Schmit.

Wörishofener
Drogerie A. & W. Schmit.



vernickelt verblühend
Goliath
doppeltmark, geruchlos,
in Apotheken u. Drogerie